„Der Courier"
ist das führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 30. Juli 1924 | 12 Seiten | Nummer 38

Das Emporschnellen des Weizenpreises

Auf politische Manöver zurückzuführen

Darum kühlen Kopf bewahren!

An den Türen des Farmers, der seine letzten Kriegsvorräte schon längst verkauft hat und nun vor einer vollständigen Mißernte steht, muß es wie bitterer Hohn klingen, wenn er von dem fortwährenden Emporschnellen des Weizenpreises hört. Glücklich kann sich nur der schätzen, der noch Getreide auf Lager hat oder der einer mittelmäßigen Ernte entgegensieht. Doch im letzteren Falle ist bereits große Vorsicht am Platze. Die schlimmen Erfahrungen in der Vergangenheit mit den Kriegsspekulationen sollten unsere Farmer vor leichtfertigen triegerischen Hoffnungen bewahren. Damals war wenigstens noch ein triftiger Grund für den Preis von $2.00 und darüber vorhanden. Dagegen ist der jetzige Preis von etwa $1.40 per Bushel eine ganz unsichere Sache. Einmal ist er verursacht durch spekulative Ausbeutung der ungünstigen Saatenstandsberichte, namentlich aus canadischen Provinzen, meistens aber auch durch ganz bedenkliche politische Manöver.

Es gibt einige Distrikte in Saskatchewan und Alberta, in denen man mit einer völligen Mißernte rechnen muß, weil das dortige Getreide vereist, ausgetrocknet ist. In anderen Distrikten ist jedoch in den letzten Tagen Regen gefallen, der dem Boden die dringend nötige Feuchtigkeit brachte und die Aussichten etwas verbesserte. Sodann aus Manitoba Meldungen von stärkerem Regenfall. In Alberta und Saskatchewan ging gegen Ende der letzten Woche ebenfalls Gewitter nieder, aus Langden, S. Current, Altimont, Bassano, Gadsby, Brooks, Moosomin, Gull Lake, Cut Knoville und Nanton werden leichtere oder stärkere Regenschauer berichtet. Aehnliche Meldungen liegen vor aus den Distrikten von Saskatchewan, Prince Albert, Elbertson, Battleford, Battle, Rockhaven, Perkton usw. Ueber Edmonton und Umgegend tobten einige Gewitterstürme. Dieser Regenfall wird den Rückstand der Saaten immer noch stellenweise eine leichte Besserung erzielen. Wenn Canada in diesem Jahr auch keine Rekordernte erhält, so läßt sich doch vor Herbst kein abschließendes Urteil über die Gesamtlage fällen. Mithin ist vorläufig für den Farmer mit besseren Ernteaussichten gar kein Grund vorhanden, sein Vertrauen auf den jetzigen Preis zu setzen. Dieser hängt letzten Endes auch nicht allein von der canadischen Ernte ab, sondern vielmehr ebenso von dem Ernteausfall in anderen Ländern, in den Ver. Staaten, im Mitteleuropa und Rußland mitbestimmt. Mit anderen Worten: Die Weiterentwicklung dieses Herbst, die Vorräte aus dem letzten Erntejahr und schließlich noch die Aussichten in Argentinien u. Australien werden zusammen mit dem richtigen Preis an Stelle des jetzigen Scheinpreises zu bestimmen.

Wir jedenfalls sträuben uns bewußt vor einem Schein-Preis. Denn die angeblich $1.40, die jetzt per Bushel Weizen in Winnipeg bezahlt werden, sind unserer Ueberzeugung nach nicht aus vernünftigen Erwägungen, sondern hauptsächlich aus politischen Beweggründen errechnet worden. Die Grain Exchange in Winnipeg ist dabei nur die treue Gefährtin und Schleppenträgerin ihrer größeren Schwester in Chicago. Die ungünstigen Saatenstandsberichte aus Canada werden von den amerikanischen Börsenmagnaten und ihren Hintermännern in Washington, D. C., nur als willkommener Deckmantel für ihre schmutzigen politischen Geschäfte benützt. Man bedenke doch, daß in den Ver. Staaten eine Präsidentenwahl bevorsteht! Dabei läßt die am Ruder befindliche Partei, in diesem Falle die republikanische, alle Register spielen und setzt den ihr zur Verfügung stehenden Staats- und Wirtschaftsapparat in Bewegung, um ihrem Präsidentschaftskandidaten zum Siege zu verhelfen. Coolidge, der Bannerträger der Republikaner, hat den Finanzkreisen, die sich hinter ihn stellten, sicher schon fette Wahlversprechungen gemacht. Nun fürchten aber die Herren Republikaner, die für die schwerbedrängten amerikanischen Farmer nur schöne Worte übrig hatten, den Zorn der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Diese schwenkt tatsächlich zu dem „unabhängigen" und „fortschrittlichen La Follette ab, der namentlich von den Farmern der West- und Nordweststaaten als Helfer in der Not angesehen wird. Um diese Stimmenabsplitterung, die schließlich nicht La Follette, sondern in Wirklichkeit den Demokraten zu Gute kommen könnte, zu verhüten, wird den Farmern eine Verabzugungspille in Form erhöhter Weizenpreise verabreicht. Es handelt sich also nur um eine Wahlmache übelster Sorte, der das fadenscheinige Mäntelchen der canadischen Saatenstandsberichte umgehängt wird. Es handelt sich nur um einen erbärmlichen Stimmenfang, der zunächst zu Gunsten der Farmer und auf Kosten der Konsumenten geht. Gegen Ende der Wahlkampagne kann man ja schließlich auch diesen noch einen Köder hinwerfen.

Damit haben wir zugleich auf eine ganz bedenkliche Schattenseite der Preistreiberei auf dem Weizenmarkt hingewiesen. Denn mit der Steigerung des Weizenpreises steigen auch die Preise für Mehl und in der Folge die für andere notwendige und lebenswichtige Waren. Es ist eine Schraube ohne Ende, weil verteuerte Lebenshaltung Erhöhung der Löhne und Gehälter bedingt und diese hinwiederum zu einer Verteuerung der Erzeugung von anderen Artikeln führt. Die Rückwirkung, namentlich auf arme canadische Farmer mit Mißernten, ist unausbleiblich. Denn auch der Farmer muß bei Einkauf dessen, was er benötigt, die hohen Preise ebenso wie andere Konsumenten bezahlen.

Daraus ergibt sich die ganze Torheit und Gefährlichkeit dieser verrückten Preissprünge, hinter denen zum Schaden unserer canadischen Farmer die amerikanische Hochfinanz als treibende Kraft steht, um daraus für ihre egoistischen und politischen Ziele Gewinn zu schlagen.

Die Londoner Konferenz auf dem toten Punkt

Finanzleute leisten französischen Plänen weiteren Widerstand

London, 29. Juli. — Deutschlands Verpflichtung an der alliierten Entschädigungskonferenz kommt in der nächsten Woche zur Sprache. Nach Ansicht von Beamten werden die Delegierten beschließen, Berlin zu sofortiger Sendung von Vertretern hierher einzuladen.

Die Banken und die finanziellen Fachmänner der Konferenz sind noch immer hinsichtlich der Sicherheit für die vorgeschlagene deutsche Anleihe unruhig. Offizielle und private Verhandlungen über die Frage gehen jedoch weiter. Der belgische Premier Theunis und die amerikanischen Vertreter auf der alliierten Konferenz setzen ihre Versöhnungsversuche mit aller Kraft fort. Allein der französische Premier Herriot verniedlichte sich mit den englischen und amerikanischen Finanzlern über die Sicherheit der an Deutschland geplanten Anleihe noch nicht zu verständigen. Wie die Banklers bemerken, verstehen sie die politische Lage von Herriot. Ihrer Meinung nach würde ein kühnes Vorgehen von seiner Seite die Konferenz zu einem baldigen erfolgreichen Abschluß bringen und die so dringend nötigen Entschädigungen für Frankreich herbeiführen. Es wird darauf hingewiesen, daß Herriot für die Dauer der Anleihe in Hinsicht auf Unterlassungen und Sanktionen unter dem Dawes Plan gewisse Zugeständnisse machen sollte. Nach der Rückkehr nach Paris würde der Premier sicher angegriffen. Er könnte sich aber damit verteidigen, daß er Frankreich vor Isolierung, vor dem schnellen Fall retten wollte, der sicher kommt, falls die Konferenz mißlingen sollte.

Berlin, 28. Juli. — Wie man sich auf Grund zuverlässiger Londoner Berichte aus London in diplomatischen Kreisen erzählt, ist es dort zwischen den Premiers Theunis und Herriot auf offener Straße vor dem auswärtigen Amt zu einem Auftritt gekommen. Nach einer Depesche stieß er mit seinem Spazierstock entrüstet auf das Trottoir, um seinen Worten Nachdruck zu verleihen, und Theunis war offenbar nicht geneigt, ihm Recht zu geben.

Die Frankfurter Zeitung erklärt, daß die französische Heuchelei und Doppelzüngigkeit das einzige Hindernis sei, an dem die Londoner Konferenz zu scheitern drohe, und daß Herriot dieses Hindernis beseitigen könne, falls er überredet werden könne, seine Stellungnahme des Hasses zu ändern. Das auswärtige Amt warnt, daß es nur Frankreichs Schuld sein werde, falls die Zusammenkunft der Alliierten in London fehlschlagen sollte.

(Siehe auch unter „Weltumschau" auf Seite 2!)

Die jungen Mörder von Chicago vor Gericht

Zeigen keine Reue, sondern benehmen sich frech.

Chicago, 28. Juli. — Nathan Leopold und Richard Loeb werden in dem richterlichen Verhör über die Ermordung von Robert Franks nicht als Zeugen vernommen. Nach Meinung der Verteidigung können die Angeklagten zu den mildernden Umständen, welche sie zu erlangen hofft, nichts beitragen. Die beiden Studenten zeigen sich bei dem ganzen Verfahren zu ruhig und gleichgültig, um der Verteidigung förderlich zu sein. Während der tieftraurigen Einzelheiten über die Mordtat scherzten und grinsten die Studenten. Die Verteidigung fürchtet, sie würden sich auf dem Zeugenstand ebenso benehmen und hierdurch den ungünstigen Eindruck noch erhöhen. Leopold, der etwas ältere der beiden, sitzt kühl in seinem Stuhl. Er beobachtet jeden Zeugen, der aussagt, genau. Aber für ihn ist die Sache belustigend. Er kichert fröhlich, wenn ein Zeuge erzählt, wie schlau und gerieben er war, um der Festnahme zu entgehen. Wenn ein Zeuge auf einen Fehler von ihm, der zu seiner Verhaftung führte, verweist, so lacht er höhnisch. Der mehr selbstbewußte Loeb läßt seine Blicke im ganzen Gerichtszimmer umherschweifen. Dem Anstarren neugieriger Zuschauer begegnet er mit einem Lächeln. Einigen Leuten, die er zufällig kennt, nickt er zu. Er steht im Vordergrund und hat Vergnügen daran. Darrow, der Hauptverteidiger und sein Stab fürchten die Folgen dieses Benehmens. Gegenwärtig steht der Richter, der allein ihr Schicksal entscheidet, wenig von den Angeklagten. Sie sitzen bei ihren Anwälten. Richter Caverly wendet seine ganze Aufmerksamkeit dem Verhör der Zeugen zu. Inzwischen macht der Staat mit der Vorlage seines Beweismaterials rasche Fortschritte. Staatsanwalt Crowe vernahm ungefähr 60 Zeugen. Alle fügten dem Berg von Beweisen, durch welchen er Leopold und Loeb dem Henker zu überliefern hofft, ein kleines Stück hinzu.

(Die Gerichtsverhandlung, über deren Beginn wir auf Seite 3 unter „Ver. Staaten" berichten, zeigt die ganze bodenlose Verworfenheit und Verruchtheit der beiden Millionärssöhne. Sie sind die Früchte jener gottlosen Erziehung, die in den öffentlichen Staatsschulen betrieben wird. Ohne jeden sittlichen und religiösen Halt werden die jungen Leute ins Leben hinausgeschickt, wo sie wie Bestien in der menschlichen Gesellschaft wirken.)

Spielskandal in Wien

Wien, 28. Juli. — Die polizeiliche Ausweisung des Grafen Adalbert Sternberg aus Oesterreich hat Wien in zwei Lager gespalten. Die Ausweisung erfolgte auf Gesuch des Grafen Herberstein, Verwalter des Haushalts des vormaligen Erzherzogs Friedrich. Anschuldigungen infolge eines Kartenspiels im Jockey Club veranlaßten Herberstein, als Präsident des Klubs, Sternbergs Ausstoßung zu verfügen. Sternberg schlug darauf Herberstein in einer belebten Straße ins Gesicht. Herberstein erklärte, es sei unter seiner Würde, sich mit einem Menschen wie Sternberg zu schlagen oder die Gerichte anzurufen. Er veranlaßte die Polizei ihn auszuweisen und nach 12 Stunden war Sternberg in der Tschechoslowakei. Der Vorfall erregte in Wien große Aufregung, die Ansichten über Herberstein's Handlungsweise sind geteilt. Die Neue Freie Presse erinnert ihre Leser daran, daß Sternberg einem der ältesten Adelsgeschlechter von Oesterreich entstammt, das in der Landesgeschichte seit dem 13. Jahrhundert eine Rolle gespielt hat.

Deutsche Massenorganisation zum Schutze der Republik

General Freiherr von Schönaich leitet die Bewegung.

Berlin, 28. Juli. — Hier hat sich unter dem Titel „Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", eine Gesellschaft gebildet, die die Umtriebe der Monarchisten bekämpfen will. An der Spitze der Organisation steht der General Freiherr von Schönaich, und, wie er dieser Tage erklärte, hat sie bereits 300,000 Mitglieder in allen Teilen des Reiches und gewinnt täglich mehr Anhänger. Der General sagte dem Zeitungsmanne, der ihn interviewte, die deutsche Republik wäre tatsächlich in Gefahr und die Republikaner müßten daher die Monarchisten offen und mit deren eigenen Waffen bekämpfen, um die Republik zu retten. Mit dem Aufziehen u. Schwenken des schwarz-weiß-roten Banners fechten die Monarchisten die Deutschen zu zersplittern und die deutsche Republik zu Falle zu bringen, sie machten den Dummen vor, die Farben schwarz-weiß-rot repräsentieren den wahren Patriotismus. Demgegenüber wollte seine Gesellschaft zeigen, daß das Reichsbanner schwarz-rot-gold den patriotischen Gefühlen besser entspreche und wirkliche Friedensliebe und die wirkliche Wohlfahrt Deutschlands bedeute. Die Monarchisten arbeiteten auf einen neuen Krieg hin. Gelänge es, wieder eine Monarchie aufzurichten, könne diese sich nicht anders halten, als indem sie einen neuen Krieg herbeiführt. Ludendorff, der Hauptführer der Monarchisten, leide an verletztem Ehrgeiz. Aber der deutsche Militarist sei tot, das wisse niemand besser, als die früheren deutschen Offiziere, die im Weltkriege gekämpft haben. Ludendorff und Genossen, die vorgäben, sie wollten wieder gegen Frankreich kämpfen, wüßten sehr gut, daß Deutschland das jetzt nicht tun könne. Was sie wirklich wollen, sei nichts anderes, als die deutsche Republik zu stürzen.

Anfangs nächsten Monats sollen an vielen Stellen in Deutschland Massenversammlungen abgehalten werden, um unter der Aegide der neuen Gesellschaft den Schutz der Republik zu organisieren.

Große Schwindelei mit „Kaiser- und Hindenburgbriefen"

Berlin, 28. Juli. — Angebliche Briefe von dem früheren Kaiser, dem Kronprinzen und seiner Gattin, General Hindenburg, dem Papst und vielen anderen namhaften Personen spielten bei Verfolgung der Frau eines Musikers der badischen Staatsoper eine Rolle. Die Frau wurde wegen Schwindeleien zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. 400 Briefe, nach Behauptung der Frau von Hindenburg herrührend, wurden vorgelegt. Alle Briefe waren mangelhaft und in so eigenartiger Sprache abgefaßt, daß sie im Gerichtszimmer große Heiterkeit auslösten. Die Frau gab vor, fast alle Berühmtheiten in Deutschland zu kennen. Sie sammelte Gaben für fingierte Wohltätigkeiten, an welchen die Leute interessiert seien und versprach Briefe mit Unterschrift in Anerkennung der Beiträge zu liefern. Sie lieferte auch die Briefe, eine Prüfung überzeugte aber den Richter, daß die Frau alle selbst angefertigt und die Beiträge für sich selbst verwandt hatte.

Ungarns Wirtschaftslage

Budapest, 28. Juli. — Jeremiah Smith von Boston, Völkerliga-Kommissär für Ungarn, übermittelte an den Völkerbund einen zweiten Bericht über die ungarische Wirtschaftslage, in welchem er ausführt, daß die Zahl der Regierungsangestellten noch immer zu groß sei, indessen sei er zufrieden mit der Zunahme der Steuereinkünfte und der günstigen Handelsbilanz, erzielt durch ein Anwachsen der Ausfuhr um 5 Prozent. Nunmehr sei die Ausfuhr fast gänzlich von Einschränkungen befreit. Der Liga-Kommissär spricht jedoch sein Bedauern darüber aus, daß viele wichtige Behinderungen noch bestehen, und er erklärt, die neue nationale Emissionsbank strebe nach einer Stabilisierung der Krone und des Dollars, die früher gesetzwidrig zu höheren Preisen als die amtlichen Quotierungen, verkauft wurden, jetzt aber etwas billiger umgesetzt werden.

Budapest, 28. Juli. — Amnestie wird allen Personen gewährt werden, die an dem Versuch der Wiedereinsetzung König Karls auf den ungarischen Thron beteiligt waren, als der inzwischen verstorbene Monarch vor drei Jahren seinen abenteuerlichen Zug nach Budapest unternahm. Das Kabinett hat sich zu diesem Schritt auf Vorschlag des Regenten Admiral Horthy und längerer Beratung entschlossen. Straferlaß wird unter anderem dem Grafen Andrassy und dem Grafen Sigray gewährt.

Elfjährige Mädchen dürfen heiraten

In Florida gesetzlich erlaubt, führt aber zu schweren Mißständen.

Tallahassee, Fla., 28. Juli. — Die Frauen von Florida bemühen sich um Aenderung der Ehegesetze des Staates, um das heiratsfähige Alter von Mädchen zu begrenzen. In Tampa erregte die Angelegenheit unlängst großes Interesse. Ein kleines Mädchen, das geheiratet, wurde von die Countybehörden gebracht. Es stellte sich heraus, daß die Eltern des Kindes tot waren und es der Fürsorge seiner alten Großmutter überlassen war. Die Großmutter gab ihre Zustimmung zur Heirat des Hydes mit einem Mann von 34 Jahren. Das Bündnis brachte dem Kinde viel Leid. Die Frauen, Richter und andere wollen jetzt Gesetze herbeiführen, um solch traurige Vorfälle zu verhindern. Die Countyrichter sind derzeit machtlos. Wenn Eltern oder Vormünder zustimmen, können Kinder von elf oder selbst noch jüngere heiraten. In dem Fall der elfjährigen Frau, welcher die Angelegenheit vor die Oeffentlichkeit gebracht, verweigerte Richter Hazard anfangs die Ausstellung der Lizens. Er erkannte aber, daß ihm keine gesetzliche Befugnis zustand, nachdem die Großmutter ihre Zustimmung gegeben und stellte die Erlaubnis aus. Er konnte nichts anderes machen.

Schwere Gewitterstürme in Europa

Berlin, 28. Juli. — Dem Erdbeben bei Cardiff Wales und den schweren Stürmen an der Süd und Westküste Frankreichs, die von hohen Sturzwellen begleitet waren, folgte ein Unwetter, das sich über ganz Deutschland erstreckte.

Die Berliner Feuerwehr wurde in einer Nacht 40 und die Leipziger über 400 Mal alarmiert, um durch Blitz verursachte Brände zu löschen. In Augsburg wurden die Elektrizitätswerke zerstört und die Stadt und umliegenden Vororte waren in Dunkel gehüllt. Im Zirkus Krone wohnten etwa 10,000 Personen der Vorstellung bei, als das Zelt einzustürzen drohte und eine Panik entstand, in deren Verlauf viele Personen verletzt wurden.

In Salzburg brannte das vom Blitz getroffene Verwaltungsgebäude von Schloß Leopoldskron, Eigentum von Max Reinhardt, nieder, und in Frankfurt wurde das neue Brückengebäude zerstört. Als der Hauptpfeiler umstürzte, stürzten zehn Arbeiter, die auf einem Gerüst beschäftigt waren, in die Tiefe und wurden verletzt.

Schwere Stürme im südlichen Frankreich.

Grenoble, Frankreich, 28. Juli. — Das Iseretal wurde von einem zerstörenden Sturm heimgesucht. Die Hängebrücke zwischen St. Cervais und Albeno wurde niedergerissen und Hunderte von Obstbäumen entwurzelt. An den Weingärten im mittleren Frankreich wurde viel Schaden angerichtet. Gewitter richteten in der Umgebung von Montpellier große Verwüstungen an, und mehrere Häuser in Laure wurden zerstört, nachdem sie durch Blitzschlag in Brand gesteckt worden waren. Eine Anzahl von Oliven-Pflanzungen wurden durch Hagelschlag vernichtet. In der Umgebung von Lyon, wo viel Landwirtschaft getrieben wird, und in den Weinbergen in der Nähe der schweizerischen Grenze wurde schwerer Schaden angerichtet. Auch aus der Umgebung von Genf treffen ähnliche Berichte ein.

Elsaß-Lothringen gegen Herriot

Gegen Trennung von Kirche und Staat?

Straßburg, i. E., 28. Juli. — In Straßburg fand eine Massenkundgebung von 17,000 Katholiken gegen den Plan Herriots statt, auch in Elsaß-Lothringen die in Frankreich seit langem geltende Trennung von Kirche und Staat durchzuführen. Aehnliche Kundgebungen fanden in etwa 50 Städten Lothringens statt. In Metz kam es bei dieser Gelegenheit zu einem Krawall, als Kommunisten eine Katholiken-Versammlung störten; dabei wurden zehn Katholiken verletzt.

114,596 gegen Prohibition

Berichte von 300 „Polls" fehlen noch

Regina. — Die Volksabstimmung über die Prohibition in Saskatchewan hat fast allgemein, namentlich aber in den vernünftigen Kreisen der Ver. Staaten, ein begeistertes Echo gefunden. Man sieht, wie aus einem Artikel auf Seite 2 hervorgeht, Canada als ein viel freiheitlicheres Land an, als die Ver. Staaten, wo die Prohibitionisten im Bunde mit den Bootleggers ihre Tyrannei ungestört weiter ausüben können.

Die Berichte über die Abstimmung liegen leider noch immer nicht vollständig vor. Bis Montag, 28. Juli, war das Ergebnis von 2,279 aus insgesamt 2,581 „Polls" bekannt. Demnach stellen sich im Augenblick die Ziffern folgendermaßen:

Für Prohibition	80,724
Gegen Prohibition	114,596
Für Regierungskontrolle	84,622
Für Bierlizenzen und Regierungskontrolle	76,839

Mithin verfügen die Prohibitionsgegner heute über eine Mehrheit von 33,872 Stimmen, während die Anhänger der unbedingten Regierungskontrolle mit 7,783 Mehrheit auf dem Plane erscheinen.

Wir haben in der letzten Courierausgabe schon sehr klar und deutlich unsere Meinung über die zukünftige Gestaltung des Alkoholgesetzes geäußert. Ein „Eingesandt" von einem Freunde unseres Blattes hat unsere Auffassung bestätigt.

Wir wären unseren werten Lesern sehr dankbar, wenn auch sie, soweit es ihnen die Zeit erlaubt, ihre Ansicht über die künftige Regelung in Saskatchewan sagen würden. Besonders sollte die Frage beantwortet werden, ob Bierverkauf per Glas in lizensierten Hotels von unseren Freunden gewünscht wird. Von der Volksmeinung hängt sehr viel ab. Darum heraus mit der Sprache! Besser ist es, jetzt seine Meinung zu sagen, als später zu kritisieren.

Ontarios bevorstehende Entscheidung.

Wie schon mitgeteilt, wird Ontario voraussichtlich am 23. Oktober sein Urteil über die Prohibition abgeben müssen. Nach einer Meldung aus Toronto werden den Wählern vier Fragen zur Entscheidung vorgelegt werden:

1) Sind Sie zu Gunsten des Ontario Temperance Act?

2) Sind Sie für Regierungskontrolle?

3) Sind Sie für Verkauf von Bier und leichten Weinen an lizensierten Plätzen?

4) Sind Sie für Verkauf von Schnapsgetränken in lizensierten Plätzen?

Wenn diese Fragen so bestehen bleiben, wie sie das „Toronto Telegram" mitteilt, dann werden unsere Freunde in Ontario sich für die Frage 2 und 3 entscheiden müssen. Dadurch werden Regierungskontrolle und zugleich Bier- und Weinverkauf in Hotels gewährleistet. Für den Verkauf von Schnaps in den berüchtigten Bars können wir uns nicht begeistern.

Die Bedeutung der Zeitungsanzeigen

Amerikanischer Fachmann spricht darüber auf internationaler Tagung in London.

London. — Edward Filene aus Boston stellte in einem Vortrag vor der internationalen Versammlung der vereinigten Anzeigeklubs der Welt eine freie Presse und Weltfrieden als Folge von Anzeigen in Aussicht. Anzeigen in großem Maßstab machen die Presse unabhängig und ermöglichen es dem Herausgeber, unbeeinflußt nach Tatsachen und Wahrheit zu suchen. Die Kosten der Herausgabe einer modernen Zeitung übersteigen, wie Filene darlegte, weitaus den von Lesern und Abonnenten bezahlten Preis. Für die Herstellung einer großen Tageszeitung in unseren großen Städten, bemerkte er, wurden sechs Millionen Dollars im Jahre eine sehr gewöhnliche Zahl. Die Presse muß daher der Konkurrenz immer mehr dadurch begegnen, daß sie die Einnahmequellen bedeutend erweitert, hauptsächlich durch Anzeigen. Solche Zeitungen, die nicht frei sind, können weitere Einkünfte nur von Sonderinteressen erlangen. Letzten Endes, erklärte der Redner, bedroht den Weltfrieden kein einzelner Faktor so sehr als eine durch Sonderinteressen beherrschte Presse. Anzeigen in großem Maße können nicht stets den Einfluß durch Spezialinteressen überwinden und es kann auch gelegentlich versucht werden, dadurch die Politik einer Zeitung zu kontrollieren. Schließlich aber können große Anzeigen nur durch große Verkäufe bezahlt werden. Und große Verkäufe kommen nicht, außer wenn die Leser von der Verläßlichkeit des Blattes in Hinsicht auf Neuigkeiten und Aufsätze überzeugt sind. Anzeigen in großem Umfang ist keine wirtschaftliche Vergeudung. Es ist ein sozialer Dienst und mehr als das, die Grundlage für eine finanziell freie Presse. Die Fähigkeit der Presse, Tatsachen ohne Voreingenommenheit zu liefern und hierdurch die Aussicht auf Weltfrieden zu fördern, hängt in erster Linie davon ab. Die Abhängigkeit der Presse von Anzeigen und die hieraus folgende Abhängigkeit des Weltfriedens, soweit er durch die modernen Zeitungen berührt ist, stehen beide im Einklang mit den gegenwärtigen Aenderungen bei Produktion und Verteilung. Massenproduktion ist in den meisten Ländern der Welt gut im Gange. Die an Zahl immer mehr zunehmenden Trusts entsprechen den besten Interessen sozialen Fortschritts, wenn sie euch auf dieser Pionierstufe alle Fehler des Pioniertums haben. Der Sprecher legte dar, daß Massenproduktion und Massenverteilung unweigerlich auf Massenverkauf angewiesen sind und das ganze Programm vom Anzeigen in großem Maßstab abhängt. Im Jahre 1923 erreichten die Anzeigen in den Ver. Staaten die erstaunliche Höhe von $628,000,000. Daraus ergibt sich, daß die fortschrittlich gesinnten amerikanischen Geschäftsleute die ungeheuere Bedeutung der Zeitungsreklame für ihr Geschäft wie auch für ihre Stellung im öffentlichen Leben erkannt haben. Sie wissen, daß die Anzeige keine Verschwendung, sondern das beste rentabelste Mittel zur Erzielung großer Erfolge ist.

Letzte Nachrichten

169 Personen bei Schiffsunglück ertrunken.

Tokio, 29. Juli. — Der Frachtdampfer „Tairei Maru" ist bei Kap Nataro aus bis jetzt unbekannter Ursache untergegangen. Insgesamt sind 169 Personen ertrunken. Das Schiff verkehrte zwischen Sachalin und der nördlichsten japanischen Insel. 138 japanische Passagiere und 54 Mannschaften waren an Bord des Schiffes, das 1240 Tonnen hatte. Nur 18 Passagiere und 5 Mitglieder der Besatzung konnten sich retten.

Brasilianische Rebellen geschlagen.

New York, 29. Juli. — Nach zuverlässigen Meldungen aus Sao Paulo ist die Revolution niedergeschlagen und hat die Regierung einen entscheidenden Sieg errungen.

Werden sich die Alliierten einig?

London, 29. Juli. — Die Fachleute der Konferenz, die gestern einen Verständigungsvorschlag ausarbeiteten, werden am Mittwoch eine weitere Sitzung halten. Die Einladung der deutschen Abordnung ist noch nicht erfolgt. Es besteht begründete Hoffnung auf Ueberwindung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten. Neue Zwistigkeiten, namentlich hinsichtlich Räumung der besetzten Gebiete, liegen im Bereich der Möglichkeit. Herriot soll jedoch bereit sein, den deutschen Vertretern auf der Konferenz freie Diskussion einzuräumen.

Belgrad, 28. Juli. — Die Zeitung „Wremje" meldet, daß zwischen Paris und Belgrad Unterhandlungen über ein französisch-jugoslawisches Schutz- und Trutzbündnis eingeleitet wurden und daß ein solcher Vertrag vermutlich noch vor Ablauf dieses Jahres unterzeichnet werden wird.